



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 2. Ratssitzung vom 11. Mai 2022

### 52. 2022/79

**Beschlussantrag von Marion Schmid (SP), Selina Walgis (Grüne) und 32 Mitunterzeichnenden vom 09.03.2022:**

**Führung eines Genderwatch-Protokolls über die Debatte im Gemeinderat**

*Marion Schmid (SP) begründet den Beschlussantrag (vergleiche Beschluss-Nr. 5048/2022): Ein Genderwatch-Protokoll soll aufzeigen, wie das Verhältnis der Geschlechter bei Wortmeldungen und bei der Redezeit ist. Die erhobenen Daten sollen ausgewertet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Im Vorfeld der Stadtrats- und Gemeinderatswahlen in diesem Jahr wurde die Untervertretung der Frauen verschiedentlich diskutiert. Dabei beziehen sich die Aussagen in der Regel auf die Anzahl der Sitze. In der letzten Legislatur, also zum Zeitpunkt der Einreichung des Vorstosses, lag der Anteil der Frauen bei 39 von 125, was 31 Prozent entspricht. Heute liegt der Anteil der gewählten Frauen immerhin bei 49 von 125, somit 39 Prozent. Das ist erfreulich. Aber wie die Frauen repräsentiert sind, hängt nicht nur von der Anzahl der Sitze ab. Relevant ist schliesslich auch, wie viel Raum sie einnehmen: die Anzahl der Wortmeldungen und die effektive Redezeit. Wir vermuten, dass Frauen in Bezug auf diese Faktoren nochmals wesentlich untervertreten sind. Das gilt nicht nur für Männer und Frauen, sondern vermutlich auch für viele andere untervertretene Bevölkerungsgruppen, beispielsweise junge Menschen oder Menschen mit Migrationshintergrund. Warum soll ausgerechnet die Repräsentation der Geschlechter erhoben werden? Dieser Wert lässt sich verhältnismässig einfach erheben und auswerten, weil die Daten vergleichsweise klar sind. Es ist also ein Pars-pro-Toto-Ansatz. Mit der Auswertung wollen wir ein Bewusstsein dafür schaffen, wie angemessen Bevölkerungsgruppen in unserem Parlament vertreten sind. Damit soll auch Klarheit darüber geschaffen werden, inwiefern unser Parlament seine Repräsentationsaufgabe wahrnimmt. In der Umsetzung sind verschiedene Formen denkbar – wir sind pragmatisch. Wenn sich zeigen sollte, dass alles von Hand gemacht werden muss und ein entsprechender Aufwand entsteht, macht eine Pilotphase Sinn. Sie soll drei oder sechs Monate dauern und nach der ersten Auswertung kann entschieden werden, wie es weitergehen soll. Wenn eine automatisierte Umsetzung möglich ist, dann macht eine Befristung keinen Sinn, jedoch die Überlegung, nach welchen Kriterien gegebenenfalls weitere Auswertungen möglich sind. Wir wollen keine Redequote nach Geschlechtern. Das ist eine Diskussion, die herumschwirrt und wir distanzieren uns mit aller Entschiedenheit von dieser Unterstellung. Wir wollen niemandem einen Maulkorb verpassen, wir wollen niemandem das Recht im Parlament zu sprechen einschränken. Wir wollen auch keine Polemik oder Empörung generieren. Wir wollen anhand von Fakten eine sachliche Diskussion darüber führen, wie Geschlechter im Parlament repräsentiert sind. Er reicht uns nicht, lediglich zu zählen, wie viele Stühle im Ratssaal von Frauen besetzt sind. Wir wollen wissen, wer in einer Debatte und damit in der öffentlichen Wahrnehmung wie viel Platz einnimmt. Das Bewusstsein für diese Prob-*



lematik und das Wissen um ihr Ausmass ist eine Voraussetzung, um dem Problem entgegenzutreten. Ob und wie sie das tun, müssen die verschiedenen Parteien, Fraktionen und die einzelnen Ratsmitglieder für sich entscheiden. Ich stelle mir vor, dass progressive Fraktionen diese Problematik ernsthafter angehen und sich vielleicht bei der Besetzung von Ämtern und Kommissionen entsprechende Gedanken machen. Vielleicht haben sie bereits damit begonnen: So sind beispielsweise unter den Fraktionspräsidien drei Frauen. Das ist nicht viel, aber es sind drei mehr als in der letzten Legislatur. Die Aufmerksamkeit auf eine Problematik zu lenken, sie genauer zu untersuchen und zu analysieren, hat eine Wirkung. Bereits die blossе Ankündigung hatte eine Wirkung.

**Martina Zürcher (FDP)** stellt den Ablehnungsantrag und begründet diesen: *Persönlich mag ich allerhand Statistiken. Aber diesen gleichstellungsfeindlichen Bürokratie-Vorstoss lehnen wir von der FDP klar ab. Den Unterzeichnenden empfehle ich erstens, sich zu Wort zu melden, wenn sie etwas zu sagen haben. Oder wechseln Sie in eine Kommission mit vielen Sachgeschäften, dann können Sie oft am Rednerpult sprechen. Geben Sie zweitens ihren Kollegen Rückmeldungen, wenn sie schlechte oder viel zu lange Voten vortragen. Anerkennen Sie drittens, dass lange Voten häufig schlechter sind als kurze. Darum ist eine solche Redezeitmessung irrsinnig. Kommen Sie viertens in die FDP-Fraktion, wenn Sie unabhängig von Geschlecht, Alter und Herkunft ernst genommen werden wollen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Tanja Maag Sturzenegger (AL):** *Die AL hat für den Beschlussantrag Stimmfreigabe erteilt. Wir sehen das Problem und wollen die Fakten mit einer dauerhaften Veröffentlichung auf dem Tisch – allerdings in einer anderen Form. Ich persönlich bin für einen Versuch eines solchen Protokolls. Ich beziehe mich im Folgenden auf die Geschlechter Frau und Mann im Bewusstsein, dass die Vielfalt grösser ist. Die Entwicklung des Frauenanteils im Parlament zeigt eine erfreuliche Richtung. Unsere Wählerinnen legen ihren Fokus stärker auf Weiblichkeit. Das ist eine wichtige Entwicklung. Einzelne parlamentarische Gruppen weisen immer noch einen unbefriedigenden Frauenanteil auf, bei anderen sieht es anders aus. Für mich persönlich ist aber unbefriedigend, dass die Idee eines Gender-Protokolls geboren werden musste. Offenbar besteht der Verdacht, dass die Geschlechterausgewogenheit im Parlament ins Stocken gerät. Tatsache ist, wer hier vorne steht und spricht, beeinflusst Entscheidungen. Sicher lasen die Initiantinnen von den Untersuchungen im Bundesparlament aus dem Jahr 2019 die ergaben, dass der Redeanteil von Frauen für die Konkordanz – das Einbinden aller wichtigen Kräfte – relevant ist. Manchmal entscheiden wir Frauen sachpolitisch anders als Männer und das soll hier gesehen und gehört werden. Die Redezeit hängt unter anderem von der Einbindung in den parlamentarischen Prozess ab. Die Ergebnisse eines Gender-Protokolls können darum als Diskussionsgrundlage für eine Prozesseinbindung in der Fraktion dienen. In diesem Sinne bin ich für ein Gender-Protokoll, als zeitlich terminiertes Reflexionsinstrument befürworte den Einsatz.*

**Sven Sobernheim (GLP):** *Wie immer bei Beschlussanträgen hält es die GLP so, dass es etwas ist, über das eine Partei keine abschliessende Meinung haben muss. Darum*



*drückt jeder, wie sie oder er es für richtig empfindet.*

**Claudia Rabelbauer (EVP):** *Tanja Maag Sturzenegger (AL) argumentierte, dass die, die hier vorne stehen, Einfluss auf das Parlament haben. Dem widerspreche ich ein Stück weit. Viel Einfluss hat man in den Fraktionen. Dort ist die Frage, wie die Meinung gemacht wird. Ihr müsst euch selbst beobachten und reflektieren: Wie geht es in den Fraktionen mit der Meinungsbildung zu und her, können sich wirklich alle ehrlich äussern, werden Diskussionen zugelassen, werden sie abgeklemmt und wem folgt man? Das sind spannende Diskussionen. Wir halten den Vorstoss nicht für zielführend für ein Parlament und lehnen ihn ab. Schliesslich geht es darum, dass jeder seine Haltung reflektiert, dass jeder Mensch unabhängig von Geschlecht, Herkunft und Hautfarbe wertgeschätzt und ernst genommen wird. Schlussendlich geht es um die Argumente: Sie sind entscheidend, unabhängig davon, von wem sie kommen.*

**Susanne Brunner (SVP):** *Die Parlamentsdienste sollen das Verhältnis der Ratsmeldungen und die Redezeiten der Geschlechter messen und eine Statistik führen. Diese Idee ist aus mehreren Gründen schlecht. Für die SP und für die Grünen ist erstens offenbar die Redezeit relevant für die tatsächliche Repräsentation der Frauen in der Politik. Da frage ich mich, wo die Arbeit in der Partei, der Fraktion, der Kommission ist. Ist das für Sie nicht relevant? Wie ist das Verhältnis dort? Interessiert Sie das nicht? Nur auf die Redezeit hier im Saal zu achten, bringt nichts. Wer zweitens die Parlamentsarbeit kennt, weiss, dass die Redezeit und die Voten von verschiedenen Faktoren abhängen: die Mitgliedschaft in einer Kommission, die Anzahl der Geschäfte in dieser Kommission, die Grösse der Fraktion, das Eigeninteresse am Sprechen im Rat und auch das Talent dafür. In diesem Parlament sollen die sprechen, die etwas zu sagen haben. Es sollen nicht Wortmeldungen gemacht werden, damit am Ende die Statistik stimmt. Der SP und den Grünen sind 31,2 Prozent Frauen im Rat zu wenig. Ich frage die Vertreterinnen und Vertreter dieser Parteien, wie hoch denn der Anteil sein sollte? Ich meine immer noch, dass es der Wähler und der Wählerwille sind, die das entscheiden – dabei sollten wir bleiben. Denken Sie drittens an die Umsetzung: Das ist eine Zumutung für die Parlamentsdienste, mit denen Sie sicher gesprochen haben. Wenn der Vorstoss überwiesen wird, sind die Mitarbeiter von Andreas Ammann gezwungen, die Zeit manuell zu erfassen; mit der Stoppuhr zu messen, zu notieren und dann wiederum manuell eine Liste zu führen. Ich halte das nicht für zielführend. Wenn Sie dem Rat einige Zeit angehören, dann wissen Sie, dass die Parlamentsdienste besseres zu tun haben. Viertens wollte Marion Schmid (SP) zwar Bedenken zerstreuen, dass es keinen Maulkorb für die Männer gebe. Sind wir ehrlich. Wenn Daten erhoben werden, dann sollte etwas damit gemacht werden, sonst ergibt die Erhebung keinen Sinn. Sie wäre dann nur teuer, ineffizient und nutzlos. Also gehen wir davon aus, dass die SP und die Grünen die Absicht haben, den Männern im Rat einen Maulkorb zu verpassen, ihnen die Redezeit zu beschränken und ihnen ein Redeverbot aufzuerlegen. Das verwundert mich, denn bisher nahm ich diese Parteien als die politischen Kräfte wahr, die immer wieder von Gleichstellung sprechen. Dieser Fall scheint interessant, denn er hat mit Gleichstellung nichts zu tun. Die SVP lehnt das Genderwatch-Protokoll ab. Es ist undemokratisch, ineffizient und diskriminierend. Es steht Ihnen frei, den Männern in Ihren Fraktionen ein Redeverbot aufzuerlegen. Das können Sie tun – aber nicht für den gesamten Rat. Nun habe ich meine maximale*



*Redezeit noch nicht erreicht und muss für die Statistik filibustern. Sie sehen, dass das Genderwatch-Protokoll unsinnig ist.*

**Dr. David Garcia Nuñez (AL):** *Gerade als Leiter des einzigen interdisziplinären Innovationsfokus für Geschlechtervarianz in der Schweiz bin ich an der Konstruktion einer Gesellschaft, in der alle Geschlechter gerecht repräsentiert sind, äusserst interessiert. Aus meiner professionellen Perspektive kann ich Ihnen sagen, dass der Handlungsdruck gross ist und meine Partei jede Massnahme begrüsst, die die aktuelle ubiquitäre Geschlechtermisere bekämpft. Es ist wichtig, dass wir gute Analysen und Lösungsvorschläge für die herrschenden Ungleichheiten entwickeln und diese fördern. Gerade darum kann ich dem Beschlussantrag nicht zustimmen. Die vorgeschlagene Protokollierungsweise löst meines Erachtens eine hitzige, aber leider keine erhellende Debatte aus. Ich stimme Marion Schmid (SP) und Selina Walgis (Grüne) zu, wenn sie die Untervertretung von Frauen in der Politik anprangern. Ich denke, dass wir uns auch einig wären, wenn ich das numerische Defizit nicht als statistisches Problem, sondern als Symptom von patriarchalen Machtverhältnissen bezeichnen würde. Wir brauchen mehr Ressourcen, um die leider sehr früh entstehenden Geschlechterzerrbilder in unseren Köpfen bekämpfen zu können. Gelegentlich gelingt es uns tatsächlich, Mittel gegen die strukturelle Stigmatisierung zur Verfügung zu stellen. Manchmal gelingt es uns nicht. Meine Fraktion ist nach wie vor die Einzige, die sich für eine Verankerung einer geschlechtersensiblen Sprache im Ratsbetrieb einsetzt. Das einzige probate Mittel, um alle Geschlechter sprachlich repräsentieren zu können, was auch ein demokratisches Recht darstellt, wird von allen anderen Parteien abgelehnt. Uneins bin ich mit den Autorinnen des Beschlussantrags hinsichtlich ihrer Vermutung, dass wir im Rat geschlechterspezifische Barrieren pflegen würden, die die gerechte Teilnahme der Geschlechter verhindert. Weder die Gemeinde- noch die Geschäftsordnung deutet auf die Existenz solcher Hürden hin. Jedes Ratsmitglied kann sich gemäss Artikel 109 der Geschäftsordnung melden, wenn er oder sie das will. Der Rat kennt keine geschlechterspezifischen Zeitlimitierungen bei den Voten. Jede Person hat die Kontrolle über das eigene Wort und kann entscheiden, wie lange sie sich innerhalb der für alle definierten Zeitgrenzen äussern will. Die behauptete strukturelle Teilnahmehürde am Ratsbetrieb existiert in dieser Art und Weise nicht. Darum ist leider zu vermuten, dass wir am Ende des genderprotokollierten Halbjahres am gleichen Ort stehen werden – allerdings mit einem nicht interpretierbaren Datenfriedhof. Das lässt sich politisch sehr schnell pervertieren. Zum Schluss will ich zu einem Punkt kommen, der den Vorstoss aus einer intersektionalen, queer-feministischen Perspektive besonders störend macht. Die Autorinnen greifen das Thema der weiblichen Repräsentation im Rat auf und priorisieren die Situation einer Gruppe – einer privilegierten Gruppe von 125 Menschen, die gewählt wurden. Das schafft automatisch eine Opferpyramide, eine Rangordnung der Repräsentationsprobleme. Analog zur Hierarchisierung der Geflüchteten, die von rechts gefordert wird, kann ich auch der Einführung von Stigmatisierungsklassen von Links nur eine Absage erteilen. Solche Rangordnungen produzieren, wie es auch in diesem Fall geschehen wird, immense Blindflecken. Denn über die grösste Unterrepräsentanz in diesem Rat – das Nichtvorhandensein der ausländischen Bevölkerung – verliert der Text des Beschlussantrags kein einziges Wort. Das ist ein riesiges Problem, wenn wir von demokratischer Sichtbar-*



*machung sprechen und das Ganze verbessern wollen. Unser heute eingereichter Beschlussantrag schafft valable Lösungen für dieses Problem. Wir könnten dann Woche für Woche feststellen, wie sich die Zahl diesbezüglich nicht ändert und uns über diesen Umstand wundern und ihn vielleicht ändern wollen. Hingegen tappen wir mit dem vorliegenden Vorschlag weiterhin im Dunkeln – viel Hitze, wenig Licht. Die Autorinnen adressieren ein richtiges und wichtiges Problem. Die methodischen Mängel des vorgeschlagenen Analyseinstruments sind nicht unproblematisch. Ich will, dass Fakten auf den Tisch kommen und nicht, dass Daten arbiträr von der Geschäftsleitung, vom Rat oder von irgendjemandem ausgewertet werden. Trotzdem stehe ich Ihnen als manchmal nicht weiss gelesener, nicht heterosexueller und für diesen Rat sogar junger Cis-Mann nicht im Weg. Ich werde mich meiner Stimme enthalten.*

**Samuel Balsiger (SVP):** *Die Welt hat grössere Probleme. In Europa herrscht Krieg, wie wir das seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr für möglich hielten. Viele Menschen in diesem Land haben Probleme, die Krankenkassenprämien zu bezahlen. In der Stadt wird durch das Bevölkerungswachstum jede Grünfläche überbaut. Überall sehen Sie Beton, Kräne, den Abriss von günstigem Wohnraum und wie für die Zuwanderung neue, teurere Wohnungen gebaut werden. Es gibt tatsächliche Probleme in Zürich. Hier geht es um Nonsens. Es soll protokolliert werden, ob Frauen und Männer gleichwertig sprechen. Was ist mit denen, die undefiniert sind? Ist diese Formulierung bereits transphob? Es gibt vielleicht auch Menschen, die sich gemäss Ihrer Logik nicht als Frau oder Mann einordnen können. Diese Personen werden ausgeschlossen. Sie werfen dem radikal linken, rot-rot-grünen Parlament Sexismus und patriarchale Strukturen vor. Wenn im Rat Sexismus herrscht, dann liegt es an Ihnen, da Sie die Mehrheit stellen. Beschäftigen Sie sich mit der Realität anstatt mit Nonsens, der niemanden interessiert.*

**Selina Walgis (Grüne):** *Noch nie war der Anteil der Stadtzürcher Gemeinderätinnen so hoch: immerhin rund 40 Prozent. Im Rat sind sie jedoch immer noch in der Minderheit, obwohl fast 50 Prozent der Zürcher Bevölkerung Frauen sind. Gerade in einem Parlament, in dem Männer gegenüber Frauen deutlich übervertreten sind, ist ein bewusster Umgang mit der Gesprächskultur zentral. Es geht um die Frage, welches Bild wir vermitteln wollen. Dazu gehört auch der Redeanteil der Frauen und Männer. Der Redeanteil der Frauen kann eine Signalwirkung für weitere Frauen haben. Nachdem es 867 Stunden Redezeit analysierte, stellte das Magazin Beobachter fest, dass Ständerätinnen im Schnitt rund ein Fünftel weniger lang sprechen als ihre männlichen Kollegen. Das hat zu einem Teil damit zu tun, dass die Voten von Männern länger sind als die von Frauen. In der Forschung wird dieses Ungleichgewicht mit der unterschiedlichen Sozialisierung von Frauen und Männern begründet. Frauen verhalten sich oft zurückhaltender und verzichten eher auf ein Votum, wenn bereits alles gesagt wurde. Männer tendieren eher dazu, sich selbst einzubringen und das gleiche zu sagen. Es ist also ein strukturelles Problem. Es reicht nicht aus, zu sagen, dass die Frauen nach vorne gehen und sprechen sollen. Ich bin mir sicher, dass einzelne Fraktionen auf konstruktivere Ideen kommen oder bereits dabei sind, Massnahmen zu treffen. Die Thematik geht noch weiter. In den Nachrichten machen Frauen nur gerade 25 Prozent der erwähnten Personen aus, wie Studien im Jahr 2016 feststellten. Das von Frauen Gesagte wird oft überhört. Wir haben noch einen weiten Weg vor uns bis zur Angleichung. Die Umsetzung des Beschlusses,*



6 / 7

*ein Genderwatch-Protokoll einzuführen, wird nichts Anderes als Fakten sichtbar machen und Gelegenheit für freiwillige Massnahmen bieten, damit die Redezeit für Frauen und Männer ausgeglichener wird. Ausserdem ist es sicher für die Ratseffizienz fördernd, falls sich durch diese Fakten einzelne Ratsmitglieder an der eigenen Nase nehmen und sich einmal mehr fragen, ob sie das bereits Gesagte nochmals sagen müssen.*

**Marion Schmid (SP):** *Ein wesentlicher Punkt ist das Argument der Anzahl von Wortmeldungen und dass Redezeit nicht der entscheidende Punkt sei. Da kann ich Ihnen zustimmen. Es ist jedoch ein deutliches Indiz dafür, wer im Rat wie viel Raum einnimmt, Gewicht hat und zu Entscheidungen beiträgt. In aller Regel ist es in den Fraktionen auch so, dass diejenigen sich zu Geschäften äussern, die die Geschäfte verantworten und die damit in ihren Fraktionen prägend sind. Verschiedentlich wurde genannt, dass es unsinnig, ineffizient, eine Zumutung und zu aufwendig für die Parlamentsdienste sei. Wir wissen, dass wir einen Franken pro Minute erhalten, das ist nicht sehr viel. Aber wenn man das mit 125 multipliziert, macht das 125 Franken und dazu kommen die anderen Leute, die hier sind und von der Stadt bezahlt werden. Eine Redezeit von fünf Minuten kostet also 700 bis 1000 Franken. Bezüglich des Aufwands will ich gewisse Herren und vielleicht auch einzelne Damen, die sehr häufig und nicht unbedingt mit einem grossen Zusatznutzen hier sprechen, animieren, sich über die hier entstehenden Kosten Gedanken zu machen. Zur Frage, ob wir tatsächlich keine grösseren Probleme haben: Das ist ein Totschlagargument; wir haben immer ein grösseres Problem als das behandelte. Es ist abenteuerlich, dass das von einer Partei kommt, die mit einer Volksinitiative forderte, dass erfasst und öffentlich publiziert wird, welche Nationalität Straftatverdächtige haben. Ich bin der Meinung, dass es wichtig ist, dass wir etwas über die Repräsentation von Frauen im Rat wissen. Dafür ist die Redezeit ein gutes Indiz und die Anzahl von Wortmeldungen ebenso.*

Der Rat stimmt dem Beschlussantrag mit 61 gegen 50 Stimmen (bei 6 Enthaltungen) zu.

Weiterbehandlung durch die Geschäftsleitung im Sinne von Art. 154 GeschO GR

Damit ist beschlossen:

**2022/79**

**Beschlussantrag von Marion Schmid (SP), Selina Walgis (Grüne) und 32 Mitunterzeichnenden vom 10.03.2022:**

**Führung eines Genderwatch-Protokolls über die Debatte im Gemeinderat**

Die Unterzeichnenden beantragen dem Gemeinderat über die Debatte im Gemeinderat ein Genderwatch-Protokoll zu führen, das aufzeigt, wie das Verhältnis der Geschlechter bei den Wortmeldungen und der Redezeit der Ratsmitglieder ist.

Die erhobenen Daten sollen ausgewertet und öffentlich zugänglich gemacht werden.

Mitteilung an den Stadtrat



7 / 7

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat